



Neues aus dem Landtag

April 2020



Rüdiger Kauroff ist Landtagsabgeordneter für Garbsen und die Wedemark. Er betreut zusätzlich Isernhagen und Langenhagen. Seit 2017 setzt er sich für Ihre Interessen im Niedersächsischen Landtag ein. **Rüdiger Kauroff** ist Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitales sowie Mitglied im Petitionsausschuss. Darüber hinaus ist er Ständiger Vertreter im Innenausschuss und Sprecher für Feuerwehr- und Katastrophenschutz seiner Fraktion.

Was ist im April in Niedersachsen und im Wahlkreis passiert?

Neues aus dem Plenum

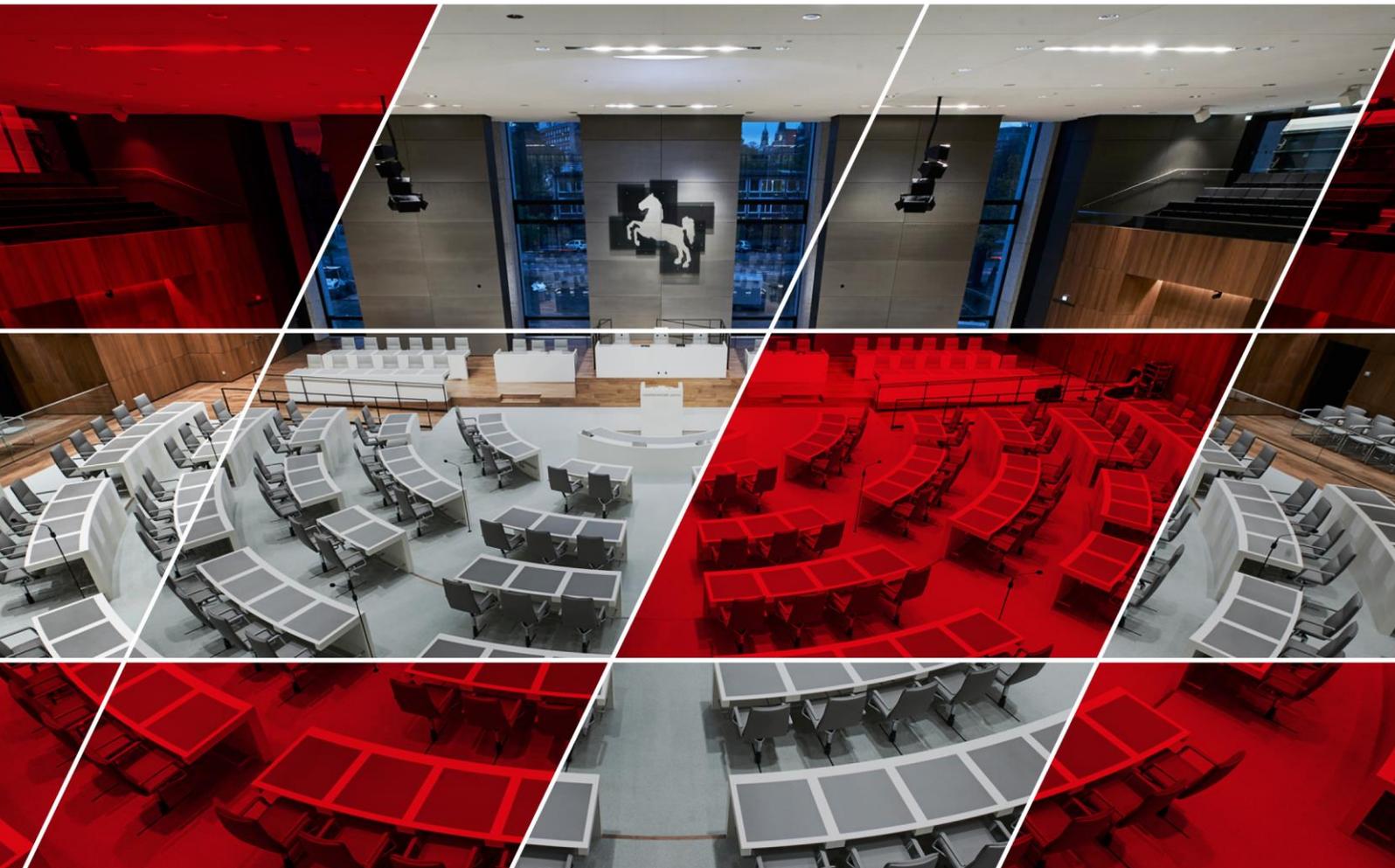
Erhöhtes Waldbrandrisiko in Niedersachsen

Handlungsempfehlungen der Brandschutzkommission zeitnah umsetzen

Corona-Überbrückungshilfen für Studierende

Stufenweiser Einstieg in Kita-Öffnungen

Mein Statement zur Einigung für eine Corona-Prämie für Pflegekräfte



Liebe Genossinnen und Genossen,

Liebe Freund*innen,

wir befinden uns weiterhin in außergewöhnlichen Zeiten, die wir uns Anfang des Jahres so sicherlich nicht vorstellen konnten. Ich möchte mich herzlich bei allen Menschen bedanken, die weiterhin ihrer Arbeit nachgehen oder sich für das soziale Miteinander engagieren und das gesellschaftliche Leben somit aufrechterhalten.

Zugleich möchte ich allen danken, die aufgrund der allgemeinen Einschränkungen ihrer Arbeit nicht nachgehen dürfen oder können und nun um ihre wirtschaftliche Existenz fürchten müssen, sich aber trotzdem solidarisch zeigen und sich an die aufgestellten Regeln halten.

In zahlreichen Gesprächen in den letzten Wochen konnte ich mir von der persönlichen Betroffenheit Einzelner und auch von harten familiären Schicksalen persönlich ein Bild machen. Ich habe überwiegend ein großes Vertrauen in die



angeordneten Maßnahmen gespiegelt bekommen. Dies finde ich beeindruckend und dafür gilt mein voller Respekt.

Dennoch ist klar: Wir verlangen unserer freiheitlichen Gesellschaft extrem viel ab! Dies ist uns bei allen Handlungen auch sehr bewusst. Wir greifen schließlich tief in die Grundrechte jedes einzelnen Menschen ein und dies ist insbesondere für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ein sehr sensibler Punkt, denn es geht um die Freiheitsrechte einer hart erkämpften Demokratie.

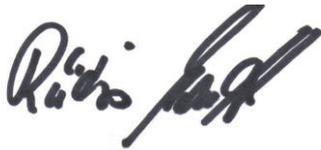
Diesen Balanceakt zwischen Freiheit und Einschränkungen gilt es nun klug und besonnen aufrechtzuerhalten, damit wir unser Gesundheitssystem nicht an die Belastungsgrenze oder gar darüber hinaus bringen. Wer jetzt denkt, dass sofort wieder die Normalität wie vor der Corona-Pandemie einkehren kann, der irrt leider gewaltig! Wenn wir nun zu schnell öffnen, -

wie es einige fordern - dann waren alle Anstrengungen und Einschnitte der letzten Wochen völlig vergeblich.

Mit der Regierungserklärung unseres Ministerpräsidenten Stephan Weil in der Sondersitzung des Niedersächsischen Landtages unter dem Titel „Bis hierhin erfolgreich - Niedersachsens Weg durch die Corona-Krise“ wurde die aktuelle Entwicklung der Pandemie das zentrale Thema des Sonderplenarabschnitts.

Wir kehren mit den seit Ende April gelockerten Maßnahmen nun ganz langsam zum Alltag zurück. Doch wie wird unser Alltag nach der überstandenen Pandemie aussehen? Achten wir mehr auf unsere Mitmenschen, agieren wir weiterhin so solidarisch und bieten z.B. nachbarschaftliche Hilfen an? Ich bin guter Hoffnung, dass wir als Gemeinschaft gestärkt aus dieser Krise hervorgehen.

Ich wünsche euch allen nur das Beste – Bleibt bitte gesund!



Erhöhtes Waldbrandrisiko in Niedersachsen

Wenngleich die fast schon sommerlichen Temperaturen des Osterwochenendes für viele Bürgerinnen und Bürger als Lichtblicke während der aktuellen Corona-Pandemie erschienen, so stellen diese für die niedersächsischen Wälder eine erhebliche Gefahr dar, mahnt der SPD-Politiker Rüdiger Kauroff: „Wir erleben durch die erhöhte Anzahl an Sonnentagen, die gestiegenen Temperaturen und das Ausbleiben von Niederschlägen eine große Trockenheit in unseren Wäldern. Sollten die Wetterbedingungen keine Kehrtwende hinlegen, wird sich die Waldbrandgefahr weiter erhöhen. In einigen Regionen unseres Bundeslandes gilt bereits die zweithöchste Warnstufe 4.“

Kauroff, Sprecher für Feuer- und Katastrophenschutz der SPD-Landtagsfraktion, warnt davor, dass das dritte Dürrejahr in Folge zu erheblichen Schäden für Wald und Natur führen könne: „Wir haben bereits in den vergangenen Jahren gesehen, dass die veränderten Klimabedingungen zu katastrophalen Folgen führen können. Exemplarisch sind hier nur der Moorbrand bei Meppen oder auch der Waldbrand bei Lübtheen in Mecklenburg-Vorpommern zu nennen.“

„Jede und jeder kann jedoch einen Beitrag dazu leisten, um einem Ausbruch präventiv entgegenzuwirken. Auch in diesem Jahr gilt, dass Feuer in freier Natur zu unterbinden und beispielsweise Zigarettenreste nicht wahllos in der Natur zu entsorgen sind. Auch wenn durch das Coronavirus Osterfeuer ausgefallen sind, ist dies noch lange keine Berechtigung für das Abbrennen von Schnittgut – dies ist nicht nur illegal, sondern hochgradig fahrlässig!“, so der SPD-Landtagsabgeordnete Kauroff. Er zeigt sich jedoch optimistisch: „Niedersachsens Feuerwehren und Katastrophenschutzorganisationen sind gut aufgestellt. Die SPD-geführte Landesregierung hat ihre Ausstattung konstant verbessert, modernisiert und gemeinsam mit dem Bund neue Fahrzeuge bereitgestellt. Wir werden auch zukünftig alles daransetzen, dass Vegetationsbrände eingedämmt und gelöscht werden können!“

Handlungsempfehlungen der Brandschutzkommission zeitnah umsetzen

Der Vergleich mit anderen Bundesländern und dem europäischen Ausland in Hinblick auf den niedersächsischen Brand- und Katastrophenschutz könne sich sehen lassen, erklärt der feuerwehrpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rüdiger Kauroff: „Maßgeblich für die Bewältigung der täglichen Herausforderungen, mit denen sich die Feuerwehren in Niedersachsen konfrontiert sehen, ist das Ehrenamt. Die Freiwilligen Feuerwehren sind gerade in ländlichen Regionen zentrale Stütze der öffentlichen Sicherheit.“



„Niedersachsen ist Trendbrecher! Während in anderen Bundesländern die Zahl der freiwilligen Einsatzkräfte sinkt, konnten wir zuletzt eine Kehrtwende beobachten. Dies zeigt, dass wir die richtige Strategie verfolgen“, so SPD-Politiker Kauroff. „Um eine langfristige Trendwende

attestieren zu können, ist es jedoch noch zu früh. Wir müssen unsere Feuerwehren zukunftssicher aufstellen und ausrüsten, um den wachsenden Herausforderungen bei Extremwetterereignissen, Vegetationsbränden und anderen Gefahrenszenarien gerecht zu werden. Gleichzeitig befindet sich die Feuerwehr auch in einem Digitalisierungsprozess, und die Arbeitswelt der ehrenamtlich Engagierten verdichtet sich ebenfalls weiter.“

Um diesen Anforderungen entgegenzutreten und auf veränderte Bedingungen reagieren zu können, hat die zu Beginn der Legislaturperiode eingesetzte Strukturkommission unter dem Vorsitz des Innenministeriums zahlreiche Handlungsempfehlungen erarbeitet und Probleme analysiert. Der Maßnahmenkatalog enthält kurz- bis langfristige Empfehlungen, um die Feuerwehren Niedersachsens auch in den kommenden zehn bis 20 Jahren zukunftsfähig zu gestalten.

„Unsere Feuerwehrleute, ob im Ehren- oder Hauptamt, leisten das gesamte Jahr über unglaublich wertvolle Arbeit und gehen nicht nur sinnbildlich für uns Niedersachsen durchs Feuer. Um ihnen Wertschätzung entgegen zu bringen, haben wir unseren Entschließungsantrag eingebracht und hoffen auf eine rasche Umsetzung der geforderten Maßnahmen!“, betont Kauroff. Für die SPD-Fraktion steht fest: Zur Bewältigung neuartiger und zunehmender Schadenslagen sowie von Katastrophenfälle werden schlagkräftige Kapazitäten und spezielle Fähigkeiten der Feuerwehren in Niedersachsen erforderlich. Der angestoßene Prozess muss daher erfolgreich fortgeführt werden.

Der Antrag der Regierungsfractionen, der heute im Ausschuss für Inneres und Sport beraten worden ist, zielt auf die Umsetzung der Ergebnisse der Strukturkommission ab und forciert eine Stärkung der ehrenamtlichen Strukturen sowie der Gewährleistung eines weiterhin qualitativ hochwertigen Brandschutzes in Niedersachsen.

Corona-Überbrückungshilfen für Studierende

Die Corona-Pandemie stellt einen Teil der Studierenden in Niedersachsen vor große finanzielle Herausforderungen. Mehr als zwei Drittel aller Studierenden gehen einer Nebentätigkeit nach. Viele dieser Nebenjobs sind infolge der Corona-Krise weggefallen. Nun stellt das Bundesbildungsministerium eine Überbrückungshilfe für Studierende in pandemiebedingten Notlagen bereit.

Dazu erklärt der SPD-Landtagsabgeordnete Rüdiger Kauroff: „Wir begrüßen die vom Bundesbildungsministerium in Aussicht gestellte Unterstützung von Studierenden in akuten finanziellen Notlagen. Das hilft auch Studierenden in Niedersachsen. Das Programm besteht aus zwei Säulen: Die Studierenden können ein zinsloses Darlehen von bis zu 650 Euro monatlich zinslos und unbürokratisch bei der KfW beantragen.“

Zusätzlich zu den geplanten Darlehen soll es unbürokratische Zuschüsse in Höhe von 100 Millionen Euro geben, die über die Studierendenwerke an die Betroffenen fließen sollen.“

Diese Maßnahmen seien erste, wichtige Schritte, allerdings würden die Auswirkungen der Corona-Pandemie noch länger zu spüren sein, so der SPD-Politiker: „Für Studierende, die ihr Studium nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können, gibt es das BAföG. Damit unabhängig von der Corona-Krise Studium oder Ausbildung beenden werden können, ist das Bundesministerium für Bildung und Forschung aufgefordert, engagiert für das BAföG als Instrument in der Krise Partei zu ergreifen. Das Ministerium darf keinen Zweifel zuzulassen, dass es so viele Menschen wie irgendwie möglich durch das BAföG in der Krise absichern will!“

Stufenweiser Einstieg in Kita-Öffnungen:

Die Corona-Pandemie fordert allen Bürgerinnen und Bürgern immense Anstrengungen ab. Eine besonders betroffene Gruppe sind Eltern, die derzeit im Home-Office den Spagat aus Kinderbetreuung und Arbeitspensum ableisten, so der SPD-Landtagsabgeordnete Rüdiger Kauroff: „Seit dem 16. März sind die niedersächsischen Kindertagesstätten abseits der Notbetreuung geschlossen. Auch wenn sich sowohl Eltern als auch Politik eine möglichst schnelle Rückkehr zu einem normalen Betrieb in den Kindertagesstätten wünschen, müssen Entscheidungen stets unter Berücksichtigung der aktuellen Infektionsentwicklungen sorgsam abgewogen werden. Der Gesundheitsschutz und das Kindeswohl sind die wichtigsten Kriterien in einer möglichen Lockerungsdebatte.“

Niemand wolle leichtfertig Infektionen von Kindern oder Beschäftigten in Kauf nehmen, so der SPD-Politiker: „Gleichzeitig müssen wir den belasteten Eltern eine Perspektive geben, wie der schrittweise Weg zur Öffnung der Kindertagesbetreuung vonstattengehen kann. Es steht außer Frage, dass Kinder – gerade in jungen Jahren – soziale Kontakte zu Gleichaltrigen, Bewegung und Förderung benötigen.“

Der derzeitige Zustand kann niemanden zufriedenstellen und bedeutet sowohl für Eltern als auch Kinder erhebliche Einschränkungen und Belastungen, die kaum zumutbar erscheinen“, erklärt Kauroff.

Anders als bei Schülerinnen und Schülern könne gerade bei Arbeit mit Kindern keine Wahrung von Distanzvorschriften gewährleistet werden, so Kauroff weiter: „Hierfür wäre eine 1:1-

Betreuung notwendig, dies ist nicht leistbar. Wir müssen nach und nach von einer erweiterten Notbetreuung über einen eingeschränkten Alltagsbetrieb hin zurück zu einem Normalbetrieb kommen.“



Gerade Kinder mit erhöhtem Förderbedarf, aus prekären oder beengten Familien- und Wohnverhältnissen und nicht zuletzt Kinder, die an der Schwelle zum Schulübergang stehen, müssten bei einer schrittweisen Kita-Öffnung vordringlich berücksichtigt werden. „Zudem sollten

Kinder, deren Eltern an systemrelevanten Schnittstellen arbeiten und für die tägliche Sicherheit, Daseinsvorsorge oder Infrastruktur arbeiten, Kinder von Alleinerziehenden sowie Kinder, deren Eltern gehandicapt sind, Vorrang in der Kinderbetreuung bekommen!“, so der SPD-Politiker.

Sofern Kinder nicht von der stufenweisen Öffnung profitieren würden, müsse eine privat organisierte Kinderbetreuung von Familien ermöglicht werden, erklärt Kauroff: „Wenn eine Familienbetreuung im kleinen Rahmen von bis zu maximal fünf Kindern stattfindet, kann diese sowohl soziale Kontakte zwischen Kindern gewährleisten als auch Elternteile stundenweise entlasten.“ In diesem Zusammenhang sei auch eine Öffnung von Spielplätzen und möglicherweise Schwimmbädern erforderlich.

Die Maxime bei allen Maßnahmen müsse sein, Risikogruppen und vulnerable Gruppen, ob bei Betreuungskindern, Erziehern oder Familienangehörigen, zu schützen. Zudem brauche es eine einheitliche und verbindliche Regelung aller Bundesländer, um einen stufenweisen Einstieg in die Kindertagesbetreuung zu ermöglichen. Die SPD-Landtagsfraktion erhofft sich, dass von dem Treffen der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit der Bundesregierung notwendige Klarheit für die Eltern und Kinder in der Bundesrepublik ausgeht.

Mein Statement zur Einigung auf eine Corona-Prämie für Pflegekräfte

„Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten begrüßen die Einigung auf Bundesebene zur Kostenverteilung mit Blick auf die sogenannte Corona-Pflegeprämie. Klar ist, dass es mehr wertschätzende Maßnahmen für die Pflegekräfte in unserem Land geben muss. Sie arbeiten in vorderster Reihe an der Bekämpfung des Coronavirus und sind der Inbegriff dessen, was in den Medien die vergangenen Wochen als systemrelevant dargestellt worden ist.

Eine einmalige Bonuszahlung ist sicherlich besser als reiner Applaus von Balkonen, kann aber keineswegs darüber hinwegtäuschen, dass wir dringend weiter für Verbesserungen der Arbeitsbedingungen von Pflegekräften eintreten müssen. Langfristig muss auch eine dauerhafte tarifliche Bezahlung das erklärte Ziel sein – hierzu braucht es unserer Auffassung nach einen flächendeckenden Tarifvertrag Soziales!“

Mein Team im Büro und im Wahlkreis:



Alexander Vogel

Dieter Linnemann

Jean Schramke



Herausgeber

Rüdiger Kauroff, MdL

Wahlkreisbüro: Odeonstraße 15/16, 30159 Hannover

V.i.S.d.P.: Rüdiger Kauroff

Redaktion: Jean Schramke, Alexander Vogel

Fotos: SPD-Fraktion, Grafik: Jan Hartge